

Kleve, den 11.03.2025

**Antrag der Fraktion Offene Klever
„Live-Übertragung von Ratssitzungen: Testphase“**

Beratungsweg	Sitzungstermin
Haupt- und Finanzausschuss	26.03.2025
Rat	02.04.2025
Ausschuss für Personal und Digitalisierung	01.09.2025
Haupt- und Finanzausschuss	24.09.2025
Rat	08.10.2025

1. Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Kleve möge nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließen:

„Der Rat der Stadt Kleve beschließt ein Streaming von Ratssitzungen in einer einjährigen Testphase.

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Ratssitzung am 03.07.2025

- dafür die technischen Voraussetzungen und finanziellen Aufwendungen zu ermitteln;*
- einen Beschlussvorschlag zur Übertragung von Ratssitzungen im Internet zu erarbeiten und mit diesem Beschlussvorschlag einen Formulierungsvorschlag zur Ergänzung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Kleve vorzulegen.“*

2. Begründung

Die „Offenen Klever“ legen ihren Antrag, die Einrichtung eines Livestreams der öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen zu **prüfen**, der vom Haupt- und Finanzausschuss auf der Grundlage des § 60 Abs. 2 GO NRW an 20.01.2021 bei zehn Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen und vom Rat am 29.03.2023 in modifizierter Form *„mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und vier Enthaltungen“* abgelehnt wurde, in modifizierter Form erneut vor.

Im Unterschied zu unserem Antrag aus dem Jahre 2023 wollen wir zu einer einjährigen Testphase kommen, in der nur Ratssitzungen übertragen und aufgezeichnet werden.

Zur Begründung des erstmals am 21.10.2020 vorgelegten Antrags hatten wir angeführt:

Ø Die niedrige Beteiligung an der Kommunalwahl 2020 in Kleve, insbesondere an der Stichwahl am 26.09.2020, die von allen relevanten politischen Kräften in der Stadt mit Bedauern zur Kenntnis genommen wurde. Am 27.11.2022 betrug in Kleve die Beteiligung an der Wahl des Landrats nur 25,97%. An der Stichwahl, am 11.12.2022, beteiligten sich in Kleve noch weniger Wahlberechtigte: 19,47%.

Ø Wenn Bürger:innen der Kommunalwahl in großer Zahl fernbleiben, dann sollten unverzüglich Schritte unternommen werden, um diese negative Tendenz nicht nur aufzuhalten, sondern umzukehren.

Ø Größere Bürger:innen-Beteiligung erfordert Transparenz. Eine transparente Kommunalpolitik muss den Bürger:innen auch die Möglichkeit geben, die Beratungen der Selbstverwaltungsgremien und das Zustandekommen von Ergebnissen dieser Beratungen verfolgen zu können. Für eine politische Meinungsbildung und Mitwirkung der Bürger:innen ist es von wesentlicher Bedeutung, zu erfahren, mit welchen Argumenten die Positionen im Kommunalparlament vertreten werden.

Ø Die Möglichkeit, Sitzungen des Rates direkt verfolgen zu können, ist bisher nur durch die physische Anwesenheit am jeweiligen Sitzungsort möglich. Die persönliche Anwesenheit kann eine Teilnahmebarriere darstellen, z.B. für Berufstätige, für Menschen mit Behinderungen, für ältere Menschen oder für junge Familien mit Kindern.

Ø Wenn die Menschen nicht zu den Ratssitzungen kommen, dann müssen die kommunalen Gremien und Mandatsträger/innen den Weg zu den Bürgerinnen und Bürgern finden.

Ø Die Distanz kann durch moderne elektronische Kommunikationsmittel problemlos überwunden werden.

Ø Die technischen Voraussetzungen, um eine Ratssitzung aufnehmen und übertragen zu können, sind im Ratssaal längst vorhanden und testweise schon genutzt worden.

Film- und Tonaufnahmen von den Ratsmitgliedern mit dem Ziel der Veröffentlichung sind in öffentlicher Sitzung zulässig, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt.

gez.

Udo Weinrich
Fraktionsvorsitzender
der Fraktion Offene Klever im Rat der Stadt Kleve